

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

3.4.1929 (No. 77)

Expedition:
Karlsruher
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Kuhn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. ...

Amtlicher Teil

Schiedsspruch in der Mannheimer Metallindustrie

Die Spruchkammer hat unter dem Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Südwestdeutschland am 28. März 1929 folgenden Schiedsspruch gefällt: Ab 1. April 1929 erhöhen sich die Tariflöhne der einzelnen Lohngruppen um 4 Pf. Die Altersklassenlöhne stufen sich nach dem jetzigen Schlüssel. 2. Abfordere werden von einer Erhöhung nur insoweit berührt, als sie den neuen Tarifgruppenlohn zusätzlich 20 Proz. nicht erreichen. ...

Letzte Nachrichten

Fortschritte bei den Etatsverhandlungen

Weitgehende Einigung über die Abstriche
M. Berlin, 3. April (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen werden die Besprechungen zwischen den Führern und Finanzfachverständigen der großen Koalition, die auch während der Osterfeiertage nicht geruht haben, sehr günstig beurteilt. Man ist über die wesentlichen Fragen einig geworden. Die Deutsche Volkspartei hat ziemlich weitgehend ihre Forderungen durchgesetzt, da starke Abstriche am Etat vorgenommen werden. ...

Erfolge der Regierung in Mexiko

Die Bedeutung der Eroberung von Jiminez
MEX. Mexiko, 3. April. (Tel.) Von der Regierung wird der Sieg über die Rebellen in Jiminez als gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des Aufstandes im Norden bezeichnet. Nach einem gleichzeitig ausgegebenen, durch General Calles übermittelten Pflügerbericht über die Kämpfe um Jiminez, sind durch Zerstörung einer Brücke nördlich der Stadt acht Eisenbahnzüge mit flüchtenden Aufständischen aufgehalten worden. ...

La Cruz besetzt

Mexiko, 3. April. Die an der Westküste vorgehenden Regierungstruppen haben gestern, wie der Befehlshaber, General Carrillo meldet, La Cruz besetzt.

Mexikanische Bomben auf eine amerikanische Stadt. Flugzeuge der Aufständischen unternahmen einen Luftangriff auf die mexikanische Grenzstadt Naco-Senora. Zwei Bomben schlugen auf der amerikanischen Seite ein. Ein amerikanischer Knabe wurde verwundet. Amerika wird voraussichtlich in San Antonio Flugzeuge nach Naco beordern.

Goebel von Carrant †. In Berlin ist am 31. März der Birk. Geheimrat Dr. Rudolf Goebel von Carrant im Alter von 67 Jahren verstorben. Aus dem badischen Justizdienst hervorgegangen, trat er im Jahre 1890 in den auswärtigen Dienst ein und wurde im Jahre 1914 mit der Wahrnehmung der Direktionsgeschäfte der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes beauftragt. Im Jahre 1918 trat er mit dem Charakter als Birk. Geheimrat in den Ruhestand.

„Die Lage des Grenzlandes Baden“

Die Denkschrift der badischen Regierung

Wie die Länder Preußen, Bayern, Hessen, Oldenburg, so hat auch das Land Baden in einer Denkschrift, die gestern dem Reichstag übergeben wurde, eine umfassende Darstellung der Notlage gegeben, in welche Baden durch die neue Grenzziehung geraten ist.

20,332 Quadratkilometer des Landes sind besetztes Gebiet.

Dazu kommt, daß

Baden heute in weit größerem Umfang Grenzland

geworden ist als früher. Schon vor dem Krieg betrug die Landesgrenze gegen die Schweiz hin 282 Kilometer und heute ist die Landesgrenze auf weitere 182 Kilometer Reichsgrenze gegen Frankreich geworden. Mit weiteren 84 Kilometern grenzt Baden an das besetzte Gebiet der Pfalz. Diese Längenausdehnung der Grenze wirkt sich um so ungünstiger aus, als der Flächeninhalt Badens im Verhältnis zur Länge der Grenzen gering ist.

Eine der ersten Folgen dieser Verhältnisse war eine starke Veränderung in der Bevölkerungsbewegung.

Baden zeigt das Bild einer starken Ab- und Auswanderung und gleichzeitig einer erheblichen Zuwanderung. — In den Jahren 1910 bis 1925 sind aus Baden allein 20 078 Personen nach Übersee ausgewandert, ein deutliches Zeichen der wirtschaftlichen Notlage. Seit 1918 sind

24 317 Elsaß-Lothringer nach Baden zugezogen,

was sich namentlich in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht ungünstig ausgewirkt, die Wohnungsnot verschärft und die Fürsorge stärker in Anspruch genommen hat. Am stärksten ist in den unmittelbar an den Rhein angrenzenden Gemeinden nicht nur die Abwanderung der Bevölkerung, sondern auch eine solche von Gewerbe und Industrie erkennbar.

Unter den wirtschaftlichen Schäden,

welche auf die Veränderung der Reichsgrenzen zurückzuführen sind, ist in erster Linie die Verminderung der Zahl der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe, der Rückgang der Durchschnittserträge bei Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln, des Anbaues von Handelsgewächsen und Wein, des Bestandes an Vieh zu erwähnen. Dazu kommt eine ständige Zunahme der liegendenschaftlichen Verschuldung. Besonders auffällig ist der Rückgang der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe in den an der badisch-elsässischen Grenze gelegenen Amtsbezirken Kehl, Oberkirch und Offenburg. Für die badische Landwirtschaft sind die Wirkungen der Abtrennung Elsaß-Lothringens sehr einschneidende. Vor allem muß sie mit der dauernden scharfen Konkurrenz der unter weit günstigeren Bedingungen arbeitenden elsässischen Landwirtschaft rechnen. Sie hat aber auch das eigene Absatzgebiet nach dem Elsaß vollständig verloren. Besonders schwer betroffen ist die badische Holzwirtschaft, deren Schädigung durch die unglückliche Durchfuhrtarifpolitik der Reichsbahn noch stark gesteigert wird.

Aber auch

die gewerblichen Betriebs- und Produktionsverhältnisse sind durch die Veränderung der Reichsgrenzen aufs schmerzhafteste beeinflusst worden. Die große Wirtschaftskapazität des Landes Baden steht einer

Verengung des Absatzspielraumes

gegenüber, die in erster Linie auf die Abtrennung Elsaß-Lothringens vom deutschen Reichsgebiet, die Loslösung Luxemburgs vom deutschen Zollgebiet und die Verwaltungstrennung des Saargebietes zurückzuführen ist. Diese drei Gebiete waren mit dem Lande Baden wirtschaftlich aufs engste verknüpft. Und ihr Verlust als Absatz- und Bezugsgebiete für die badische Wirtschaft tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz Elsaß-Lothringens

infolge der dort niedrigeren Löhne, Steuern und sozialen Lasten. Es gibt fast keinen Industriezweig der badischen Wirtschaft, der nicht die Folgen dieser Veränderungen aufs Empfindlichste verspüren würde. Die Denkschrift der badischen Regierung erwähnt besonders die Holzindustrie, Kistenfabrikation, Korbwaren, Möbel, Zigarren, Textil-, Metall- und Maschinenindustrie, die Sack- und Deckenfabrikation, die Papier- und Ziegeleiindustrie, die der

Steine und Erden, die Pflaster- und Werksteinindustrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Malzfabriken und Brauwerke, Seifenfabrikation, Nähmaschinen- und Fahrradindustrie, Bürstenindustrie, die Großindustrie des Plazes Mannheim, die Elektroindustrie und die südwestdeutsche Mühlenindustrie. Einen empfindlichen Schlag hat auch der Mannheimer Handel mit Getreide, Mehl und Futtermitteln erlitten. Außerordentlich schwer ist die Rheinschiffahrt geschädigt, nicht nur durch die Währungszerüttung in Frankreich, sondern auch insbesondere durch die Tarifpolitik der Reichsbahn.

Eine besondere Gefahr droht nicht nur der Rheinschiffahrt, sondern der gesamten badischen Wirtschaft, wenn der französische Seitenkanal von Hünningen bis Straßburg Wirklichkeit werden sollte.

Unter denen, welche durch die neue Grenzziehung schwer geschädigt worden sind, müssen noch besonders erwähnt werden das Bankgewerbe und die Fremdenindustrie. Welche Nachteile dem Lande Baden in verkehrspolitischer Hinsicht entstanden sind, wird in der Denkschrift eingehend geschildert. Es wird auf diese Frage in einem besonderen Artikel eingegangen sein. Eine besondere Benachteiligung hat Baden als Grenzland auch dadurch erlitten, daß es als neutrale Zone lange Zeit überhaupt keinen Luftverkehr haben durfte. Als besonders schädigend wird in Baden auch die Einengung der Postversorgung namentlich auf dem flachen Lande und die Einführung einer vierten Zone im Postpaketverkehr empfunden. Dazu kommt weiter, daß Baden gezwungen wurde, besondere Anstrengungen zur Instandsetzung des Straßennetzes zu machen.

Unter die schweren Folgen der Tatsache, daß Baden Grenzland geworden ist, muß auch die

Bermehrung der Erwerbslosigkeit

gerechnet werden. Die Belastung der Bevölkerung Badens durch Erwerbslosigkeit übersteigt seit 1923 diejenige Württembergs und Bayerns, in den späteren Jahren eine Zeitlang auch diejenige des Reiches. Diese ungünstige Entwicklung hält bis in die neueste Zeit an. In den Grenzbezirkswirtschaften Mannheim, Weinheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt, Baden, Offenburg, Rahr und Freiburg ist die Lage noch wesentlich ungünstiger als der gesamte Landesdurchschnitt. In den Industriegebieten Weinheim, Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt und Kehl kann man sogar von einer Dauererwerbslosigkeit ganz erheblicher Schichten der Bevölkerung sprechen. Die Lage dieser Grenzbezirke nahe der französischen Grenze bringt eben eine erhebliche Gefährdungsmöglichkeit für Auftragserteilung und Produktion mit sich; es fehlt das elsäß-lothringische Absatzgebiet und gerade in jenen Gegenden mußte der Arbeitsmarkt von Flüchtlingen und Auswanderern aus dem Reichsland überflutet werden.

Die besondere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zeigt sich in der

abnehmenden Kraft seiner Steuerquellen.

Das Kapitalvermögen ist um etwa 90 v. H., das Betriebsvermögen um etwa 50 v. H. zurückgegangen. Daß dabei auch die Gemeinden sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind, ist ganz selbstverständlich.

Die Wohnungsnot

mußte sich in Baden, insbesondere in den Grenzgemeinden, die zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Elsaß vorzugsweise bestimmt waren, in stärkerem Maße fühlbar machen, als in den meisten anderen Teilen des übrigen Reiches. Dadurch sind den badischen Gemeinden für den Wohnungsbau Lasten erwachsen, die um so empfindlicher waren, je schwieriger sich die Lage auf dem Geldmarkt gestaltete.

Eine unmittelbare Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist die starke Belastung der Gemeindefinanzen durch den

außerordentlich gesteigerten Aufwand für Erwerbslosenunterstützung und insbesondere für die öffentliche Fürsorge.

21 an der Grenze gelegene Gemeinden haben den Verlust ihres Grundbesitzes auf dem linken Rheinufer mit rund 2550 Hektar und einem Wert von rund 3 1/2 Millionen Reichsmark zu beklagen.

Schädigungen sind für Baden auch entstanden auf dem Gebiete der Rechtspflege. Die Erschwerung der wirtschaftlichen Lage und die An siedlung vieler afosozialer Elemente hat auch die Kriminalität gesteigert. Als Folge der Grenzlandeigenschaft Badens werden die gerichtlichen Verfahren aber auch unmittelbar durch die Unzulänglichkeit der internationalen Rechtshilfe, hauptsächlich im Verkehr mit Frankreich, beeinträchtigt.

Die Grenzverlegung hat weiter die kulturelle Lage Badens nachhaltig beeinflusst, und in vieler Hinsicht zu Schädigungen des geistigen Lebens geführt. Die seit Jahrhunderten bestehende Kulturgemeinschaft zwischen Baden und Elsaß-Lothringen ist zerrissen, und heute lastet die Gefahr geistiger Verkümmern

nicht besonderer Schwere auf dem badischen Oberland. Beeinträchtigt ist durch die neue Grenzziehung insbesondere die gesamte Forstung im Oberheringebiet, im besonderen aber sind auch die badischen Hochschulen dadurch benachteiligt. Dazu kommt, daß infolge der finanziellen Notlage des Staates den Hochschulen und Forschungsinstituten die Mittel nicht gewährt werden können, die sie unbedingt notwendig hätten. Die Denkschrift weist ausdrücklich darauf hin, daß das Land Baden sich außerstande sieht, die Aufwendungen für die drei staatlichen Hochschulen aus eigener Kraft zu bestreiten.

Rot leidet unter diesen Verhältnissen auch das kirchliche Leben.

Der katholischen Kirche und der evangelisch-protestantischen Landeskirche ist es trotz restloser Ausschöpfung der ihnen zugestandenen Steuerquellen nicht möglich, den Verpflichtungen zu genügen, die früher die der Geldentwertung anheimgefallenen Fonds getragen hatten. Es gilt dies namentlich für das Gebiet des kirchlichen Bauwesens.

Besonders schwierig haben sich naturgemäß die Verhältnisse in dem von den Franzosen besetzten Kehler Gebiet

gestaltet. Nicht nur die Stadt Kehl, sondern auch die Randgemeinden des dortigen Bezirkes leiden schwer unter den Lasten der Besatzung und der neuen Grenzziehung. Handel und Wandel sind infolge der veränderten Verhältnisse und des erschwerten Verkehrs auf ein Mindestmaß zurückgegangen. Die Folgen sind in erster Linie Verarmung, gesteigerte Arbeitslosigkeit und beträchtliche Erhöhungen der Lasten der Gemeinden für Wohlfahrtszwecke, sowie die allgemeine Verschlechterung der Existenzmöglichkeit der Bewohner. Dazu kommt in kultureller Hinsicht ein

verstärktes Eindringen französischer Kultureinflüsse, mannigfache kirchliche Notstände, die wieder die so wichtige Erziehungsarbeit an der Jugend aufs Äußerste erschweren.

Im Anschluß an die Schilderung der Notlage des Grenzlandes Baden, die geradezu erschütternd wirkt, macht die Denkschrift Vorschläge zu deren Behebung. Sie beziehen sich vor allem auf die Eisenbahnbaupolitik. Hier wird gefordert, daß durch eine Reihe von Bahnneubauten stärkere Klammern zwischen dem Grenzland und dem übrigen Reich geschaffen werden. Als eine Hauptverbesserung des badischen Eisenbahnnetzes wird die Elektrifizierung der badischen Hauptbahnen bezeichnet. Dazu kommen Wünsche auf Fahrplanverbesserung der Nord-Süddlinie und im innerbadischen Verkehr auf Übernahme der Verwaltung badischer Privatbahnen durch das Reich, Verbesserungen des Postwesens und größeres Entgegenkommen gegenüber den Gemeinden bei der Errichtung von Kraftpostlinien. Ebenso wird eine raschere Einführung des Selbstanschlußbetriebs im Fernsprechverkehr gewünscht.

Im Grenzlande Baden sollen auch umfangreiche Wegebauten und Autohöhenstraßen geschaffen werden, die eine bessere Verbindung und damit auch eine Förderung des gesamten Verkehrs mit sich brächten.

Für das badische Gewerbe und die Industrie werden billigere Kredite gewünscht, und eine stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand als besonders erstrebenswert für die Rean-siedlung von Industrie bezeichnet.

Unter den Maßnahmen, welche die Denkschrift zur Behebung des Notstandes empfiehlt, ist auch eine Reihe von Restorations im Grenzgebiet, landwirtschaftlicher Wegebau, Verbesserung der landwirtschaftlichen Arbeit und Wirtschaftsmethoden aufgezählt.

Angeichts der französischen Einflüsse im besetzten Gebiet und der aus dem Elsaß herüberwirkenden Kulturpropaganda Frankreichs bedarf es einer besonderen Deutschumpflege im badischen Grenzlande. Auch hierfür werden in der Denkschrift verschiedene Vorschläge gemacht.

Die Denkschrift der badischen Regierung liegt nunmehr dem Reichstage vor. Wir zweifeln nicht, daß sie dort einer ernsten Prüfung unterzogen wird, und daß vom Reich her nach Möglichkeit alle jene Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, das Grenzland Baden vor wirtschaftlicher und kultureller Verödung zu bewahren.

Besuch des Grafen Bethlen in Italien. Aus Rom wird berichtet, der ungarische Außenminister Graf Bethlen sei für einige Tage nach Italien gekommen. In gewissen Kreisen erkläre man, daß Graf Bethlen auch nach Rom kommen werde, um mit Mussolini eine Unterredung zu haben.

Chamberlain und Mussolini

Italienisch-englische Entente

Der englische Außenminister Chamberlain hatte am Dienstag in Florenz eine Unterredung mit Mussolini. Die Londoner Blätter berichten, daß die Frage der deutschen Reparationen zu den erörterten Gegenständen gehörte, und daß die Auffassung beider Staatsmänner im allgemeinen übereinstimmte, außer in einem Punkte. Mussolini erklärte nämlich, wenn die deutschen Reparationen an Italien wesentlich herabgesetzt werden würden, dann müsse auch Italiens Kriegsschuld an die Alliierten eine entsprechende Verminderung erfahren. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind unter Mussolini beträchtlich freundlicher geworden, als unter seinen unmittelbaren Amtsvorgängern. Es hat sich eine wirkliche Entente zwischen beiden Regierungen entwickelt, und die Besprechung hat vielleicht dazu gebietet, die leichte Abkühlung der offiziellen Beziehungen, die im vorigen Sommer wegen des englisch-französischen Marinekompromisses eintrat, zu beseitigen.

Chamberlain wohnte am Sonntag in Florenz einer Parade der loskanischen Abteilung der faschistischen Wallisjugend bei. 16 000 junge Schwarzhemden führten die Parade aus.

Der Prozeß gegen den Farmer Langtopp

W.D.B. Berlin, 3. April (Tel.) Vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Schöneberg im neuen Kriminalgerichtsgebäude begann heute die Hauptverhandlung gegen den Farmer Langtopp und den mitangeklagten Kaufmann Loof. Schon vor 8 Uhr standen vor dem Zuhörereingang in der Turmstraße Hunderte von Menschen, meist Mitglieder des „Reichsbundes der ihres Privatigentums beraubten und entrechteten Auslands-, Kolonial- und Grenzlanddeutschen“, der dem Angeklagten Langtopp auch die Verteidiger gestellt hat. Aus den Reihen dieser Männer und Frauen wird an die Strafpassanten in Massen ein Gebieth verteilt. Es trägt die Überschrift: „Dem Rechtskämpfer Langtopp gewidmet.“ Nur diejenigen Zuhörer werden eingelassen, die sich vorher besondere Einlasskarten besorgt haben. Ein besonderes Polizeiaufgebot achtet vor und im Gerichtsgebäude auf die strenge Durchführung der Kartenkontrolle.

Nach Eintritt in die Verhandlung wies der Vorsitzende zunächst darauf hin, daß der Vorfall vom 2. März v. J. zweifellos aus höchster Erregung entstanden sei, und daß er größtes Aufsehen verursacht habe. Hier im Gerichtssaal soll so fuhr der Vorsitzende fort — Verständnis für Leidenschaften herrschen, aber Erregung und Sensation müssen aus der Verhandlung fernbleiben. Nur wenn streng sachlich und nüchtern verhandelt wird, kann das Gericht zu einem Urteil kommen, das der Tat und dem Angeklagten gerecht wird. Ich bitte alle Prozeßbeteiligten, sich dies vor Augen zu halten. Rundgebungen irgendwelcher Art aus dem Zuhörerraum müssen unterbleiben.

Vor Gericht sind vier Sachverständige sowie etwa 20 Jungen geladen. Die Verteidigung beantragte zunächst, außerdem die Ladung einer ganzen Reihe weiterer Sachverständiger und Zeugen, die über die Art und Weise der Entschädigung und die Behandlung des besetzten Falles Langtopp sowie darüber gehört werden sollen, daß Langtopp tatsächlich an jenem 2. März noch Ansprüche an das Reichsentschädigungsamt gehabt hat. Die Staatsanwaltschaft beantragte, die Vernehmung dieser Sachverständigen teils wegen Unerheblichkeit, teils auch deswegen abzulehnen, weil sie als Vertreter von Geschädigten verhandeln nicht als unbefangene bezeichnet werden könnten.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verordnete der Vorsitzende den Beschluß, daß von den von der Verteidigung geladenen Sachverständigen nur die Herren Drapp, Glaese, Major Schaffel und Nürnberg, Hannover, vernommen werden.

Die Angeklagten werden dann über ihre Personalien gehört. Dabei stellte der Vorsitzende fest, daß Langtopp einmal wegen Diebstahls mit einer Geldstrafe, Loof wegen Verleumdung vorbestraft ist. Langtopp, der jetzt 52 Jahre alt ist, schildert seinen Lebenslauf.

Der amerikanische Präsident ein Badener?

Der Landesverein „Badische Heimat“ forscht nach

Durch die Presse ist diese Meldung gegangen und es wäre interessant, ihre Richtigkeit ertundlich befestigt zu finden. Die Ahnen des neuen Präsidenten, der, oder dessen Vorfahren vielleicht schon, ihren guten deutschen Namen in Hoover amerikanisiert haben, sollen ehedem badische Huber gewesen sein, und von einem Andreas Huber abstammen, der um 1740 aus Baden-Baden nach Mary-Land ausgewandert sein soll. Hubers gibt es bei uns und ganz besonders in Mittelbaden gerade zahllose, und es dürfte nicht ganz leicht sein, unter diesen vielen den richtigen Stamm ausfindig zu machen. Aber der muß in Baden-Baden doch einfach zu finden sein! Ja, das wäre wohl richtig, wenn die Bezeichnung „aus Baden-Baden“ nur das bedeuten könnte, was wir heute darunter verstehen. Aber „Baden-Baden“ kann gerade so gut die gesamte ehemalige Markgrafschaft Baden-Baden sein, also ungefähr das Gebiet zwischen Ettlingen und Offenburg.

Oft lesen wir in alten Akten besonders auch in deutschen Siedelungen im Ausland, daß Leute „aus Durlach“ seien, von denen wir ganz genau feststellen können, daß sie keineswegs aus der Stadt Durlach, sondern eben aus irgendeinem Ort der ehemaligen Markgrafschaft Baden-Durlach, vielleicht aus Möteln oder Emmendingen oder Mühlburg stammen. Und ebenso steht es natürlich mit Baden-Baden, wo man früher die Stadt selbst, zur Unterscheidung von Baden bei Birmen oder Baden in der Schweiz öfter als „Markgrafenbaden“ bezeichnet hat. So kommt also ein ganz erheblicher Kreis von Städten und Dörfern und Weilern in Frage, aus denen der Ahne des Präsidenten stammen könnte; denn Huber gibt es in der in Frage kommenden Gegend vielerorts.

Vielleicht sind irgendwo noch gar Auswanderlisten aus der Zeit bewahrt, oder nennen Kirchenbücher oder Bürgerlisten oder Steuerlisten — dort wird ja keiner vergessen! — jenen Andreas Huber. Da man annehmen kann, daß er in nicht gar zu hohem Alter, viel wahrscheinlicher sogar in jungen Jahren ausgewandert, dürfte man ihn als geboren in der Zeit zwischen etwa 1700—1720 suchen. Es schadet vielleicht gar nichts, wenn man ihn und die Welt an seine deutsche und badische Abstammung erinnert. Wer stellt jenen Andreas Huber, der um 1740 aus Baden-Baden nach Mary-Land ausgewandert sein soll, nachweislich fest? Nachrichten erbeten an den Landesverein „Badische Heimat“ e. V., Freiburg im Breisgau, Hansjakobstraße 12.

Gründung eines Reichsbundes deutscher Heimatmuseen. Im Rahmen des vom 3. bis 6. April in Berlin tagenden Museumskongresses wurde am heutigen Mittwoch ein Reichsbund deutscher Heimatmuseen gegründet. Der neue Bund begreift den Ausbau bestehender und die Gründung neuer Heimatmuseen durch wissenschaftliche Aufsätze und praktische Arbeit, die Heimatforschung, die Heimatverbreitung, die Heimatpflege und den Heimatwettbewerb, sowie den Zusammenschluß aller deutschen Heimatmuseen.

Für Erleichterungen bei der Einkommensteuer

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat veröffentlichte eine Übersicht über den Stand seiner Arbeiten am 1. April. Dem finanzpolitischen Ausschuss liegen Anträge zum Einkommensteuergesetz vor. Danach sollen die steuerfreien Beträge für Veranlagungspflichtige, die gleiche Höhe erhalten, wie die für Lohnsteuerpflichtige. Die Einkünfte aus Schwarzarbeit sollen steuerlos steuerlich erfasst werden. Es soll weiter geprüft werden, ob Einkommensteuererleichterungen für ältere Steuerpflichtige mit einem Einkommen bis zu 10 000 M geschaffen werden können. Schließlich sollen den in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Familienangehörigen die gleichen Freibeträge zugewilligt werden, wie entlohnenden fremden Arbeitskräften.

Der Vormarsch der chinesischen Regierungstruppen

Das Hauptquartier Tschiangkai-schek in Kiating teilt mit, daß die Regierungstruppen die 20 Meilen von Pantau gelegene Stadt Hwangtschou eingenommen und zahlreiche Gefangene gemacht haben und ihren Vormarsch auf Pantau mit größtmöglicher Geschwindigkeit fortsetzen. In Peking erklärt man, daß Tschiangkai-schek, bevor er Tschiangkai-schek Partei nahm, drei Millionen Dollar und das Versprechen erhalten habe, daß die Provinz Szechwan ihm zufallen würde. Die Truppen von Kiating halten eine lange Front besetzt, Anhwei-Kiangsi-Futien. Truppen Tschiangkai-schek drangen aus Honan ein und besetzten die Eisenbahnstrecke Peking-Pantau bis zur Grenze von Szechwan.

Kurze Nachrichten

Das Befinden des Reichskanzlers. Der Reichskanzler, der an einer Gallenaffektion leidet und bereits die Osterwoche bettlägerig war, wird auf ärztliche Anordnung voraussichtlich noch bis Ende dieser Woche das Bett hüten müssen.

Bruno Möhring 7. Der Berliner Architekt Bruno Möhring ist im 66. Lebensjahre gestorben. Seinen Ruf hat er sich besonders durch seine Arbeiten für die deutsche Abteilung auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 und für die vier Jahre später abgehaltene Ausstellung in St. Louis begründet. Die Bonner Rheinbrücke, die Moselbrücke Trauben-Trarbach und andere sind seine bedeutendsten Schöpfungen. Auch den Bahnhof Schwedebahn Elberfeld hat er entworfen.

Deutsche Anwälte bei französischen Militärgerichten wieder zugelassen. Nach einer Anordnung des französischen Kriegsministers können sich die deutschen Angeklagten vor den französischen Militärgerichten im besetzten Gebiet von jetzt ab wieder ebenso wie früher durch einen deutschen Rechtsanwalt verteidigen lassen. Diese Regelung gilt solange, bis ein sog. „Ergänzungsgezet“, in welchem die Frage geregelt wird, von der französischen Kammer angenommen wird.

Der Zechenverband kündigt Lohnordnung und Mahnentarif. Nachdem bereits die Gewerkschaften die Lohnordnung zum 30. April d. J. gekündigt haben, hat nunmehr — wie aus Offen gemeldet wird — auch der Zechenverband Lohnordnung und Mahnentarif für den Ruhrbergbau zum 30. Juni d. J. gekündigt. Seitens des Zechenverbandes besteht der Wunsch, sämtliche den Bergbau betreffenden Fragen einseitig zu regeln.

Kommunisten bei Blohm & Voß. Am Sonntag fanden die Betriebsratswahlen bei Blohm & Voß in Hamburg statt. Im vorigen Jahr war der Betriebsrat vollständig von den Sozialdemokraten besetzt, es war kein einziger Oppositioneller Mitglied. Dieses Jahr trat die Opposition mit einer eigenen Liste auf und erhielt die absolute Mehrheit aller Stimmen. Von den 632 abgegebenen Stimmen erhielt Liste 2 (Opposition) 348 Stimmen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Graz beschlossen. Die Arbeiter der Grazer Waggonfabrik und der Andrieh Maschinenfabrik nahmen die Vorschläge des Landeshauptmanns, Mittelern zur Wiederaufnahme der Arbeit an und beschlossen, die Arbeit heute, Mittwoch, in vollem Umfang unter den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Aussperrung in der Gutindustrie. In der Gutindustrie Gubens und Ludenwalbes ist seit Monaten eine Lohnbewegung im Gange. Nun hat nach einer Meldung des „Vorwärts“ der Arbeitgeberverband die Stilllegung der Betriebe beschlossen. Die Aussperrung wird nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist von 14 Tagen beginnen. Es werden davon 11 000 Mann betroffen, von denen auf Guben allein rund 6000 entfallen. R. T. Herrick 7. Myron T. Herrick, Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten, ist Sonntag nachmittags einem Herzschlag erlegen. Er stand im 75. Lebensjahr. Auf dem Weg hinter dem Sarge Marshall Fochs zog er sich eine Erkältung zu.

Operation des Oberst Houje. Oberst Houje, der private Ratgeber des verstorbenen Präsidenten Wilson unterzog sich, wie aus New York gemeldet wird, einer schmerzhaften Operation zur Entfernung eines inneren Gewächses. Nach Mitteilungen der Ärzte ist die Operation erfolgreich verlaufen.

Die Verhandlungen mit Bruno Walter gescheitert. Die Intendanz der Berliner Städtischen Oper teilt mit, daß die Verhandlungen mit Professor Bruno Walter zu keinem positiven Resultat geführt haben. Professor Bruno Walter scheidet nach Ablauf seiner derzeitigen Verpflichtungen, die bis Ende April laufen, aus dem Verband der städtischen Oper aus. Der Dirigent wird, wie die „Voss. Ztg.“ hört, an der städtischen Oper noch drei Vorstellungen betreuen. Dann geht er auf eine mehrmonatige Gastschaft nach Kalifornien. Der Künstler wird seinen Wohnsitz in Berlin beibehalten und wird voraussichtlich dem Berliner Konzertleben künftig seine Kräfte in erhöhtem Maße widmen.

Der Kälterückschlag

Am unteren Mittelrhein, in Köln und Düsseldorf, hat heute Mittwoch vormittag, leichter Schneefall eingesetzt. In Köln zeigt das Thermometer 1 Grad über Null.

Auch in Berlin setzte heute, Mittwoch morgen gegen 8 Uhr, bei einer Temperatur von 0 Grad leichter Schneefall ein. In Mecklenburg schneit es seit Dienstag abend ununterbrochen.

In Orlitz war heute, Mittwoch, früh eine Neuschneedecke von etwa 5 Zentimetern vorhanden. Die tiefste Temperatur nachts betrug 8,2 Grad. Durch die Schneebelastung sind zahlreiche Fernleitungen gestrichen.

Im Riesengebirge hält der starke Schneefall an. Bis heute, Mittwoch, vormittag, war auf dem Hochgebirge und in den Vorbergen etwa ein halber Meter Neuschnee gefallen. Die Schneehöhe auf dem Stamm beträgt wieder etwa 1 1/2 Meter. Selbst im Tal liegt wieder eine zusammenhängende Schneedecke von 20 bis 25 Zentimeter. Heute vormittag waren auf dem Stamm und in den Vorbergen 7 Grad Kälte.

In den Berglagen der Schweiz hat der Winter wieder Einzug gehalten. Die Neuschneedecke beträgt bis zu 800 Meter hinunter 20 Zentimeter. Das St. Gotthardgebiet verzeichnet schärfere Stürme, das Thermometer sank bis auf minus 18 Grad.